



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

122 (14.3.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184365](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184365)

Die Zahl der Toten in Halle beträgt 55, die der Verwundeten 170. 280 Plünderer wurden verhaftet. Der Schaden und Plünderungen beträgt achtzehn Millionen Mark.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Düsseldorf. Düsseldorf, 13. März. (WB.) Der Belagerungszustand ist heute aufgehoben worden.

m Köln, 14. März. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Sta.“ meldet aus Osnabrück: Infolge spartanischer Vortriebe sind Teile des hiesigen Pionierbataillons auf Veranlassung des kommandierenden Generals des 3. K. K. entlassen und verhaftet worden.

Beuthen, 14. März. (WB.) Die Streikflotte auf den ober-schlesischen Gruben erfuhr heute eine wesentliche Besserung. Es sind nur noch 12 Gruben ausständig. Der gestrige Tag ist in ganz Oberschlesien ruhig verlaufen.

Verfassungsausschuß der Nationalversammlung.

Die Referentur.
Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung schloß heute die Beratung des Entwurfs wegen Artikel 3 fort. In der letzten Sitzung hatte sich darüber eine lange Debatte entwickelt, ob der Absatz 4, der die Referentur der süddeutschen Staaten und Bayern insbesondere umfaßt, gestrichen werden soll oder nicht. Herr von Helldorf wurde von demokratischer Seite angefragt, ob der bayerische Vertreter sich bindende Erklärungen abgeben könne. Der bayerische Vertreter hat daraufhin die Abstimmung über den Artikel 3, sowie die Referentur in Betracht kommen, auszusprechen; dies wollte auch ein Antrag des Zentrums unterstützen. Schließlich nahm man einen Antrag Hausmann vor, der die Referentur ersuchen will, vor Beratung des Gesamtentwurfs in der Nationalversammlung eine Verständigung über die zweckmäßigste Gestaltung der Referentur in den beteiligten Einzelstaaten anzustreben. Der Zentrumsantrag wird mit geringer Mehrheit abgelehnt, dagegen wird der Antrag Hausmann angenommen. Darauf trat der Ausschuß in die Abstimmung über den Artikel 3 ein und nahm Absatz 1 bis 3 an, lehnte dabei den Absatz 4, der die bayerische Referentur umfaßt, ab. Abschließend begannen die Vertreter der Einzelstaaten Verhandlungen über den Antrag im Herrschafts-

part werden. Hier sollte der Streit bei der Forderung von Kautz abgeklärt werden. Es wird nicht gewünscht, daß die Bauern ihre Sozialpartei abgeben. Es ist Aussicht vorhanden, daß wir Sozialpartei aus Norddeutschland erhalten. Es ist möglich, daß in den Süddeutschen übermäßig vorhanden sind. Die Stadterhaltung kann Kellerkontrollen nach Kartellen durchführen, und die überflüssigen Mengen beschlagnahmen. Ueber Kaufs von Sozialpartei für Mannheim im Hinterland sollen Gehörungen veranstaltet werden. Ohne die Kontrolle bei der Landwirtschaft können wir in den nächsten Wochen nicht durch. Ungeeignete Beamten sollten bei der Kontrolle nicht verwendet werden. Insbesondere sind die preussischen Kontrolleure auszuschließen.

Von den Eingewortungen wird die Landwirtschaft in Zukunft erlöst werden. Es muß alles getan werden, damit die Lebensmittelpreise sinken. Denn das muß die Grundlage werden für den Abbau der Löhne und Gehälter. Wenn wir nicht zu einem Abbau der Löhne kommen, so werden wir nicht zur Ausfuhr und damit nicht zur Einfuhr von Lebensmitteln kommen. Hierzu gehört Arbeit, auch der Landwirt, die aus dem Felde zurückgeführt sind. Wir müssen uns zur Zeit bekümmern in den nächsten Wochen. Denn es wird die Hungerperle geschwungen werden, um uns zu einem unverträglichen Frieden zu zwingen. Deshalb werden wir auf unsere Verträge eingehen.

Minister Truntz sagte: Wir müssen uns in der nächsten Zeit etwas verlegen können, wenn die Gesamtheit durchhalten soll. Im letzten Sonntag wurde mir gegenüber in Ludwigsburg angedeutet, daß im Odenwald Hamsterkommandos gebildet werden sollten. Ich freue mich, daß Herr Kiesel mitteilen konnte, daß der Amtsvorstand von Dörach nicht seines Amtes entsetzt wurde. Heute Nacht ist eine Kompanie des hier liegenden Freiwilligenbataillons in Eßlingen einmarschiert. Es ist soweit gut gegangen, aber es wurde aus den Häusern geschossen und mit Handgranaten geworfen. Es ist dies bedauerlich. Man kann Mittel mit den Familien haben, die es trifft in Eßlingen und in Göttingen. Wo es darauf ankommt, verliert die Regierung auszugehen und die Grenzlinie zwischen Stadt und Land zu mildern. In den wirtschaftlichen Fragen können wir zu der Meinung kommen, daß wir alle notwendig sind und gescheitert helfen möchten. Die Viehpreise können kaum erhöht werden.

Herr Wittmann (Ztr.) teilt mit, daß der parlamentarische Erziehungsrat sich aus neun Mitgliedern gebildet habe. Ihm gehören an als Vertreter des Zentrums Frau Sieber, Weichmann, Hagemann, Oberlich, für die Sozialdemokratie Kunigunde Fischer, für die Freiwirtschaftlerin Frau Hübner und für die Deutschnationalen Götterparier. Das Haus vertrat sich darauf um Mittwochnachmittag 1/2 Uhr. Tagesordnung: Bericht über den Entwurf einer badischen Verfassung der Eignung 1/2 Uhr.

Baden.

Die Beratung des neuen Verfassungsgesetzes.
Karlsruhe, 14. März. Die Beratung des neuen Verfassungsgesetzes wird in der Nationalversammlung am kommenden Mittwoch, den 19. März nachmittags beginnen. Nach einer Vereinbarung wird von jeder Partei nur ein Redner in der Generaldebatte sprechen. Auch die Spezialberatung der 69 Verfassungspunkte dürfte bald erledigt sein. Wenn die Beratung der Nationalversammlung angenommen ist, wird die Bildung der endgültigen Regierung erfolgen. Ueber die Organisation der Ministerien und ihre Befugnisse werden augenblicklich Verhandlungen zwischen den Fraktionen.

Das Zerbröckeln der Presse-Freiheit!
Aus Arbeiterkreisen schreibt man uns: Genau so wie gewisse Leute unter dem Diktandem des politischen Kampfes die durch die Revolution geschaffene persönliche Freiheit zu ihren höchsten materiellen Interessen mißbrauchen und die zur Dignität des Berufsstandes degradierten, ebenso wird auch aus der Presse-Freiheit von schändlichen, unerwartlichen Elementen ein Zerbröckeln gemacht. Es ist zweifellos ein unheilvoller Zustand, daß täglich Zeitungen und Hefen in die Weltmassen geworfen werden, die den Lesenden keinen Nutzen und Schaden enthalten. Das der Verfasser es nicht wagt, seinen Namen darunter zu setzen, obwohl es ihm gar nicht daran zu denken ist, daß er sich etwa für seine Tat vor dem öffentlichen Gericht zu verantworten hätte. Bis schon das Urteil der nach mit fünf Jahren Sühne ausgestatteten Räte fürchten diese Leute so sehr wohl wissend, daß jeder anonyme Verleumder schon von jeher als charakterloser Schuft der Verdächtigkeit aller anständigen Leute anheim fiel. Wenn man sich nun aber die Wirkung dieser Dummwörter-Litanei vor Augen hält, muß man sich doch fragen, die Verleumdung hat die Pflicht, im Interesse des gesamten Volkes sofort ein Pressegesetz zu schaffen, das bei aller größtmöglicher Freiheit solche Auswüchse radikal unterbindet. Wer für die Dummheit steht, der ist es für uns nicht, muß auch durch Romanentitel dafür die volle Verantwortung übernehmen. Möge die Regierung bedenken, daß der Krieg jeden Deutschen gelehrt hat, daß die Presse nicht die 7., sondern die 1. Großmacht ist.

Die Friedenskonferenz.

Langing für sofortigen Frieden.
Bern, 13. März. (WB.) Die Rede Langings vor den Vertretern der ausständigen Presse in Paris ist im letzten Teil von Haas direkt entlehnt worden. Langing erklärte, es sei unbedingt notwendig, sofort Frieden zu schließen. Man sei an einem kritischen Augenblick der Weltgeschichte angelangt. Die Alliierten dürften die Gefahr nicht erkennen. Sie müßten verstehen, den Sieg klar auszunutzen. Gerade jetzt dürften sie nicht gestatten, daß Bolschewismus ihre Handlungen bestimmen. Nicht aus Großmut, sondern aus billigem Menschenverstand sei ein sofortiger Frieden nötig.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation.

Paris, 14. März. (WB.) Kommer. Klotz teilte bei einer Interpellation über die Finanzlage Frankreichs mit, daß für das nächste Budget 18 Milliarden Franken vorzulegen sind. Er erinnerte daran, daß die Ausgaben während des Krieges 170 Milliarden Franken betragen, wovon 118 Milliarden für Kriegszwecke und für die Marine zu rechnen sind. Klotz sagte, daß die Leistungen Frankreichs in finanzieller Beziehung umso höher einzuschätzen sind, als 10 der reichsten Departements besetzt waren, wodurch die Einnahmen des Landes um ein Fünftel geringer waren. In Bezug auf das Budget erklärte der Minister dann, daß man dreimal höhere Ausgaben als vor dem Kriege vorziehen müsse. Es sei ein phantastischer Gedanke, wenn man durch Monopole das Budget ins Gleichgewicht bringen wollte.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation.

Paris, 14. März. (WB.) Kommer. Klotz teilte bei einer Interpellation über die Finanzlage Frankreichs mit, daß für das nächste Budget 18 Milliarden Franken vorzulegen sind. Er erinnerte daran, daß die Ausgaben während des Krieges 170 Milliarden Franken betragen, wovon 118 Milliarden für Kriegszwecke und für die Marine zu rechnen sind. Klotz sagte, daß die Leistungen Frankreichs in finanzieller Beziehung umso höher einzuschätzen sind, als 10 der reichsten Departements besetzt waren, wodurch die Einnahmen des Landes um ein Fünftel geringer waren. In Bezug auf das Budget erklärte der Minister dann, daß man dreimal höhere Ausgaben als vor dem Kriege vorziehen müsse. Es sei ein phantastischer Gedanke, wenn man durch Monopole das Budget ins Gleichgewicht bringen wollte.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation.

Paris, 14. März. (WB.) Kommer. Klotz teilte bei einer Interpellation über die Finanzlage Frankreichs mit, daß für das nächste Budget 18 Milliarden Franken vorzulegen sind. Er erinnerte daran, daß die Ausgaben während des Krieges 170 Milliarden Franken betragen, wovon 118 Milliarden für Kriegszwecke und für die Marine zu rechnen sind. Klotz sagte, daß die Leistungen Frankreichs in finanzieller Beziehung umso höher einzuschätzen sind, als 10 der reichsten Departements besetzt waren, wodurch die Einnahmen des Landes um ein Fünftel geringer waren. In Bezug auf das Budget erklärte der Minister dann, daß man dreimal höhere Ausgaben als vor dem Kriege vorziehen müsse. Es sei ein phantastischer Gedanke, wenn man durch Monopole das Budget ins Gleichgewicht bringen wollte.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation.

Paris, 14. März. (WB.) Kommer. Klotz teilte bei einer Interpellation über die Finanzlage Frankreichs mit, daß für das nächste Budget 18 Milliarden Franken vorzulegen sind. Er erinnerte daran, daß die Ausgaben während des Krieges 170 Milliarden Franken betragen, wovon 118 Milliarden für Kriegszwecke und für die Marine zu rechnen sind. Klotz sagte, daß die Leistungen Frankreichs in finanzieller Beziehung umso höher einzuschätzen sind, als 10 der reichsten Departements besetzt waren, wodurch die Einnahmen des Landes um ein Fünftel geringer waren. In Bezug auf das Budget erklärte der Minister dann, daß man dreimal höhere Ausgaben als vor dem Kriege vorziehen müsse. Es sei ein phantastischer Gedanke, wenn man durch Monopole das Budget ins Gleichgewicht bringen wollte.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation.

Paris, 14. März. (WB.) Kommer. Klotz teilte bei einer Interpellation über die Finanzlage Frankreichs mit, daß für das nächste Budget 18 Milliarden Franken vorzulegen sind. Er erinnerte daran, daß die Ausgaben während des Krieges 170 Milliarden Franken betragen, wovon 118 Milliarden für Kriegszwecke und für die Marine zu rechnen sind. Klotz sagte, daß die Leistungen Frankreichs in finanzieller Beziehung umso höher einzuschätzen sind, als 10 der reichsten Departements besetzt waren, wodurch die Einnahmen des Landes um ein Fünftel geringer waren. In Bezug auf das Budget erklärte der Minister dann, daß man dreimal höhere Ausgaben als vor dem Kriege vorziehen müsse. Es sei ein phantastischer Gedanke, wenn man durch Monopole das Budget ins Gleichgewicht bringen wollte.

Zahlung der Entschädigungen muß mit allen Mitteln gesichert werden. Je nach der Größe der Entschädigung werden wir unser Budget einstellen.

Der Minister sagte, daß er mit der Kammer über Schaffung einer Finanzabteilung des Völkerbundes einig ist, die Friedenskonferenz habe diesen Vorschlag grundsätzlich angenommen. In einigen Tagen werden die nötigen Punkte fertiggestellt sein. (Beifall auf zahlreichen Bänken, Protest bei den Sozialisten.) Klotz sagte, daß er sich bemühen werde, den Zahlungsforderungen Frankreichs an Deutschland den Charakter eines privilegierten Frankreichs zu verschaffen. Nach längerer Diskussion über die Fortbildung nahm die Kammer mit 245 gegen 132 Stimmen die Tagesordnung der Regierung an.

Friedensvertrag und Völkerbund.

Amsterdam, 13. März. (WB.) Wie das Niederländische Pressebüro Radio meldet, schreibt die „New York World“, daß Wilson und die Wortführer der Alliierten in Paris erklären werden, daß der Friede als Zustandekommen betrachtet werden soll, sobald die Deutschen den Friedensvertrag unterzeichnet haben.

Es soll nicht erst auf die Rettigung durch den Senat in Washington oder der ratifizierenden Körperschaften der Alliierten gewartet werden. Dasselbe stellt weiter, daß der Friedensvertrag keine Bestimmung über den Völkerbund enthalten wird.

Letzte Meldungen.

Die Steiermark und der Anschluß ans Reich.

Graz, 14. März. (WB.) In der gestrigen Sitzung der steirischen Landesversammlung gelangte ein Antrag zur Annahme, in dem der Anschluß an Deutsch-Oesterreich an das Deutsche Reich aus vollem Herzen begrüßt wird. Die Landesversammlung von Steiermark behält sich an den selbständigen Anschluß an das Deutsche Reich aber an eines seiner Bundesstaaten zu suchen, falls ein Anschluß an Deutsch-Oesterreich aus irgend einem Grunde nicht zustande komme.

Bayrisch-schlesische Sozialisierung im Gegensatz zum Reich.

München, 14. März. (Priv.-Tel.) Der bayrische Zentralrat hat in der Sozialisierung die Initiative ergriffen und schlägt eine Sozialisierungsgemeinschaft mit Sachsen vor. Aus einer halbamtlichen Mitteilung ist zu entnehmen, daß der Zentralrat heute einen entscheidenden Schritt getan hat. Die Sozialisierungsmaßnahmen des Reichs seien nicht das, was eine entschlossene revolutionäre Gewalt durchführen muß. Der Zentralrat will ein sozialdemokratisches Zentralwerkstattamt errichten, dem die Kommunisten für Wohnung, Ernährung, Bekleidung und Sozialisierung angegliedert werden können. In dem Zentralratrat dieses Amtes sollen öffentliche und geistige Arbeiter und Bauern einen ausgiebigen Einfluß auf die Sozialisierung erhalten. Der Zentralrat wendet sich dann in einem Telegramm an den Zentralrat, die Regierung und die Volkstammer Sachsens, in dem er gemeinsame Arbeit mit Sachsen in der Frage der Sozialisierung zum Wohle der beiden Völker vor schlägt. Es wird darin beantragt, eine Konferenz nach Hof oder Plauen sofort einzuberufen, die über Sozialisierung nach gemeinsamen Grundfragen Beschlüsse fassen soll. Vertreter können von Bayern bereits am 18. März entsandt werden. Als Verhandlungsgrundlage wird vorgeschlagen, daß jeder der beiden Staaten zur sofortigen Durchführung der Sozialisierung ein Zentralwirtschaftsamt errichte. Außerdem wäre eine gemeinsame bayrisch-schlesische Sozialisierungsstelle in Hof oder Plauen zu errichten, welche u. a. die Leitung des angründenden bayrisch-schlesischen Kompartitionsverbandes zu übernehmen hätte.

Dieser Schritt ist von großer Wichtigkeit und erweitert den Grund, als es in Bayern zwei Richtungen bestanden. Er wird mit Recht allenfalls großes Aufsehen erregen, umso mehr, als diese Maßnahme gerade in dem Augenblick erfolgt, wo eigentlich die neue bayrische Regierung schon gebildet ist und nur noch ihre Bestätigung durch den Landtag darft.

Im übrigen sollte doch Wegweiser in der Sozialisierung das Reich sein, das ja auch in dieser Frage bereits energisch an der Arbeit ist. Sonderbar muß es auch berühren, daß Bayern gerade mit dem ganz anders konstruierten Sachsen zusammenarbeiten will, anstatt mit den in ihrem wirtschaftlichen Aufbau Bayern mehr gleichartigen anderen süddeutschen Staaten wie Württemberg und Baden.

Handel und Industrie.

Mannheimer Effektenbörse.
An der heutigen Börse waren von Bankaktien Pflz. Hypothekbank und Rhein. Hypothekbank gesucht. Von Brauereiständen in Nachfrage: Badische Brauerei und Sine Grünwälder. Ferner waren höher die Aktien des Vereins deutscher Oelabriker. Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 14. März. (Pr.-Tel.) Die politische Lage wurde heute bei Beginn der Börse zuverlässiger beurteilt, infolgedessen auch der Verkehr in verhältnismäßig zuversichtlicher Stimmung zu vorübergehend anziehenden Kursen einsetzte. Die Geschäftstätigkeit gestaltete sich auf einzelnen Gebieten etwas lebhafter. Auf dem Markte der Transportwerte fanden bei reger Nachfrage größere Abschlüsse in den Aktien der Schantung Eisenbahn statt, welche mit 12 1/2% in den Verkehr traten. Dagegen erhielt sich feste Tendenz der Heinrich- und Orient-Eisenbahn. Lombarden lagen ruhig 20 1/2%. Schiffahrtsaktien behaupteten den Kursstand. Lebhafteres Geschäft war ferner noch in Petroleumwerten, wo zu anziehenden Kursen Steas Romana 28 1/2%, Deutsche Petroleum 107 umgesetzt wurden. Wesentlich bescheidener war die Umsatzfähigkeit in Montanaktien, wo sich nur in einzelnen Papieren etwas regerer Begeh bewerkbar machte. Oelaktien mit 10% stellten sich gegen den Stand der gestrigen Abendbörse 1 1/2% höher. Harpener neigten zur Abschwächung. Deutsch-Luxemburger 12 1/2% etwas fester. Am Markte der chemischen Werte waren Farbwerke Höchst 25 1/2%, Elektron Orisheim 109 1/2% befestigt, sonst blieb die Kursbewegung auf diesem Gebiet bescheiden. Unter den Autowerten sind Daimler Motoren zu etwas besserer Kurse gefragt. Elektrizitätspapiere behaupteten den Kursstand, eine Ausnahme machten Deutsch-Uebersee, welche höher umgingen. Am Anleihenmarkt zeigten sich Kriegsanleihen etwas begehrt, sonstige deutsche Staatsanleihen waren mißig bewert. Hypothekpapiere blieben begehrt. Von ausländischen Fonds blieben Pfandbriefe behauptet. Am industriellen Einheitsmarkt kam eine festere Haltung zum Vorschein, welche doch nur zu einzelnen Sonderpapieren zum Vorschein kam. Im weiteren Verlauf wurde die Geschäftstätigkeit noch stiller, doch hielt sich der freundliche Gesamtton bis Schluß. Privatkurskont 3 1/2% und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 14. März. (Devisenmarkt.)
Auszahlungen für: 13. 14.
Kontantmonet 407.50 408.00
Holland 100 Gulden 298.00 298.50
Dänemark 100 Kronen 280.75 281.25
Schweden 100 Kronen 269.75 270.25
Norwegen 100 Kronen 205.75 206.00
Schweiz 100 Franken 48.95 49.05
Oest.-Ungarn 100 Kronen 150.00 150.00
Spanien 99.25 99.75
Belgien 100 Leva 99.25 99.75
Helgoland 99.25 99.75

Der Minister erklärte, daß man zuerst die Schulden Deutschlands regeln mußte; wozum soll nichts unternommen werden. In sehr kurzer Zeit werde diese Frage gelöst sein. Alle Parteien sind einig in der Frage der Wiederherstellung. Der Feind muß die verwüsteten Provinzen wieder herstellen, aber bezog er diese friedliche Aufgabe erfüllt hat, muß er eine große Summe bezahlen. Die

Minister Truntz ging auf die Ausföhrungen der Redner des Hauses ein. Wenn in Vordach der Volkseth sich etwas herausnimmt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Bauern in Eßlingen, Södingen und Neurdingen auch in Windfischeln mit Gewalt ihren Standpunkt durchsetzen wollen. Das Verhalten von Herrard, Eßlingen, Södingen und Windfischeln ist unzulässig. Wer sich zu belächeln hat, soll sich bei der Regierung bekümmern. Der parlamentarische Erziehungsrat soll wieder aufgenommen werden und solche Beschlüsse unterlassen. Die Landwirtschaft soll nach Möglichkeit mit Düngemitteln ver-

